

Die zweite Klatsche für die Stadt

Nachdem zunächst der Verfahrensablauf zum Flächennutzungsplan von der Bezirksregierung gerügt wurde, nunmehr auch ein Scheitern des Flächennutzungsplans in wesentlichen Teilen.

Flächen werden verworfen, die das Bündnis der Bürgerinitiativen von vornherein als nicht genehmigungsfähig angesehen hat. Insbesondere die geplante Erweiterungsfläche für die Firma Krüger und die Fläche Nu7 (Kölner Fenster) sind davon betroffen. Die beantragte Änderung des Regionalplans bezüglich dieser Flächen wird bei der gebotenen Würdigung der Klimabelange wohl kaum Aussicht auf Erfolg haben.

Das Bündnis der Bürgerinitiativen wertet das als großen Erfolg seiner Arbeit. Es wird einmal mehr deutlich, wie wichtig es gewesen wäre, die Eingaben der 2.300 Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen und eine sachliche Information der politischen Gremien durch das Bündnis der Bürgerinitiativen nicht von vornherein abzulehnen. Die politischen Gremien hatten sich mehrheitlich geweigert, die Bürgerinitiativen anzuhören.

Die Stadt spielt ihre Niederlage herunter, indem sie behauptet, dass „einige“ Flächen im genehmigten Flächennutzungsplan „erwartungsgemäß“ herausgenommen wurden. Das ist schönreden einer deutlichen Niederlage und eines desaströsen Vorgehens.

Das Bündnis wird die Entscheidung der Bezirksregierung genau prüfen. Gründe, die zum Verwerfen der genannten Flächen geführt haben, treffen mit Sicherheit auch auf andere Bereiche zu. Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund des Klimawandels und der Bedeutung von Freiflächen und Kaltluftschneisen.

Bestätigt wird dies auch durch eine heute veröffentlichte Studie des Leibniz-Institutes Dresden und des Potsdam Institutes für Klimafolgenforschung, worin klargestellt wird, dass durch weitere Flächenversiegelungen wichtige Funktionen für den Klimaschutz verloren gehen.

Nach Ansicht des Bündnisses wird es selbst auf vielen der genehmigten Flächen schwer werden nachzuweisen, dass die Klimabelange ausreichend berücksichtigt worden sind.